

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****Präsidium**

Zl. 53 0201/67-Pr.1/89

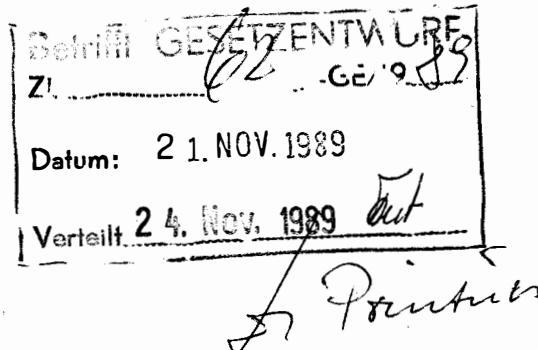
Begutachtungsverfahren;

Bundesgesetz betreffend Novelle zum
Mineralölsteuergesetz.Stellungnahme des Bundesministeriums für
Umwelt, Jugend und Familie -
BerichtigungA-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433
Durchwahl 1420

Sachbearbeiter:

RR Altrichter

Wien, 20. November 1989

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1017 W I E N

Im Nachhang zu der mit Schreiben vom 2. Oktober 1989, Zl. 53 0201/58-Pr.1/89, übermittelten Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Finanzen erstellten und mit Schreiben vom 10. August 1989, Zl. Min-100/7-III/11/89, zur Begutachtung versendeten Entwurf einer Novelle zum Mineralölsteuergesetz, beeht sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in der Anlage eine Berichtigung dieser Stellungnahme in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****Präsidium**

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433
Durchwahl 1420

Zl. 53 0201/67-Pr.1/89

Sachbearbeiter:

Begutachtungsverfahren;

RR Altrichter

Bundesgesetz betreffend Novelle zum
Mineralölsteuergesetz.

Wien, 20. November 1989

Stellungnahme des Bundesministeriums
für Umwelt, Jugend und Familie -
Berichtigung

An das

Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 8

1015 W I E N

Bezugnehmend auf das do. Schreiben vom 10. August 1989,
Zl. Min-100/7-III/11/89, beeckt sich das Bundesministe-
rium für Umwelt, Jugend und Familie im Nachhang zu der
mit Schreiben vom 2. Oktober 1989, Zl. 53 0201/58-Pr.1/
89, abgegebenen Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle
zum Mineralölsteuergesetz, folgendes mitzuteilen:

Die auf Seite 3, 2. Absatz der ho. Stellungnahme ent-
haltene Aussage, daß Dieselöl bei der Verbrennung keiner-
lei Kohlenwasserstoff freisetzt, beruht auf einem Irrtum
und ist unzutreffend. Demzufolge ist die auf Seite 4
der Stellungnahme vorgeschlagene Neuformulierung des
Art. I Z.3 des Gesetzentwurfes und die dazu gegebene
Begründung als gegenstandslos zu betrachten. Anstelle
dessen regt das Bundesministerium für Umwelt, Jugend
und Familie nunmehr an, dem Art. I Z.3 des Entwurfes
folgenden Wortlaut zu geben:

- 2 -

"§ 1 Abs.3 lautet:

(3) Kraftstoffe im Sinn dieses Bundesgesetzes sind im Abs.2 nicht angeführte, aus Mineralöl hergestellte flüssige Waren und Flüssiggas, die als Treibstoff für Kraftfahrzeuge (§ 1 Abs.1 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBI.Nr. 267) dienen."

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit

der Ausfertigung:

